

# HIGH- LIGHTS 2021



## 75 Partner im Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit



Kooperationsverbund  
Gesundheitliche  
Chancengleichheit


Ansprechperson: Christa Böhme  
E-Mail: [boehme@difu.de](mailto:boehme@difu.de)

**Link zur Highlight-Aktivität:**

[www.difu.de/publikationen/2021/kooperation-von-kommunen-und-krankenkassen](http://www.difu.de/publikationen/2021/kooperation-von-kommunen-und-krankenkassen)

## **Veröffentlichung: Kooperation von Kommunen und Krankenkassen. Gemeinsam gesunde Lebenswelten schaffen**



Kommunale Gesundheitsförderung hat durch das 2016 in Kraft getretene Präventionsgesetz einen kräftigen Impuls erhalten. Das Gesetz verpflichtet die Krankenkassen, sich finanziell in kommunalen Lebenswelten zu engagieren.

Am Beispiel der Städte Bielefeld, Erlangen und Gera zeigt die Publikation bisherige Erfahrungen mit der Kooperation von Kommunen und Krankenkassen auf und leitet Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Zusammenarbeit der beiden Akteure ab.

Die Difu-Studie entstand im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten „Forschungsverbund für gesunde Kommunen – PartKommPlus“.

## **Zentrale Erkenntnisse aus der Umsetzung unserer Highlight-Aktivität**



**Mit dem lebensweltorientierten Ansatz lässt sich Gesundheitsförderung konsequenter an den Zielgruppen und den Bedarfen vor Ort ausrichten. Dies gelingt umso besser, wenn Krankenkassen und Kommunen eng zusammenarbeiten. Eine derartige Kooperation ist aber nicht selbstverständlich und auch nicht immer einfach: Unterschiedliche Interessen und Arbeitsweisen müssen offengelegt, erörtert und aufeinander abgestimmt, Schnittstellen und passende Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Wichtige Rahmenseetzungen für die Kooperation erfolgen auf der Ebene von Bund und Ländern. Hier besteht Optimierungsbedarf. Die „Förderkulisse“ nach dem Präventionsgesetz sollte transparenter und praxisorientierter werden und auch für Kommunen nutzbar sein, die bei der Gesundheitsförderung noch am Anfang stehen. Zudem sollte der „Leitfaden Prävention“ des GKV-Spitzenverbandes anwendungsorientierter fortgeschrieben werden und die Bundes- und Landesebene mehr Erfahrungsaustausch zur Kooperation von Kommunen und Krankenkassen als bisher ermöglichen.**

